

24. VII. 1918

Pläne gegen die Zeitungen.

Wir haben in der Vorwoche von dem merkwürdigen Klar berichtet, die Zeitungen mit den Stoffwuchlern, die ein Interesse an dem Spinnpapier haben, in einem gemeinsamen „Kriegswirtschaftsverband der Papierindustrie“ zu vereinigen. Der Plan ist gefallen. Die Zeitungen werden dem Bereich der Baumwollzentrale entzückt und erhalten für die Bewirtschaftung ihrer Hilfsstoffe eine besondere „Interministerielle Kommission“. Im kriegswirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses sind Donnerstag über die Pläne der Regierung bezüglich dieser Kommission vertrauliche Auskünfte gegeben worden und wir müssen von vorn herein erklären, daß wir die Absichten, die da bekannt geworden sind, ebenso bekämpfen werden, wie den ursprünglichen Plan. Die Regierung will nämlich die Kommission aus Vertretern der beteiligten Ministerien, neben diesen aber aus insgesamt sechs Zeitungsvertretern zusammensetzen, von denen vier, sage und schreibe vier, ernannt und nur zwei von den Zeitungen gewählt werden sollen. Es ist klar, daß die Regierung nur ihr genehme Herren ernennen wird. Ebenso klar ist es, daß die Zeitungen die unbeschränkte Herrschaft von vier Regierungsmännern unter solchen Umständen dulden können. Gewiß gibt es einige, die sich mit diesem Zustand einverstanden erklären können. Das wären die Zeitungen von offener und verstandener Objektivität, die seit Jahren gewöhnt sind, von der Regierung wirtschaftlich und politisch gut bedient zu werden. Allein es stehen höhere Interessen auf dem Spiel, als daß die alten hiesigen Preßkröten weiter gefüttert werden. Es handelt sich um die Unabhängigkeit der demokratischen Presse. Wenn sich für diese Zeitungen zu dem Terror unter dem sie heute stehen, noch das wirtschaftliche Diktat einer mit Regierungskakeln besetzten Kommission gefallen sollte, so wäre es ihnen ganz und gar unmöglich, ihrer Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu genügen. Sie könnten aus diesem oder jenem Grunde einfach erdrückt werden. Es bliebe dann nur noch eine willkürliche Presse übrig, die zu allem mißbraucht werden könnte.

Deshalb darf das Parlament nie zugeben, daß die Absicht der Regierung durchgeführt wird. Die interministerielle Kommission wird nur dann Wert haben, wenn sie neben den Regierungsvertretern durchwegs aus Zeitungsleuten besteht, die von den bestehenden Vertretungen der Zeitungen gewählt worden sind. Es müßten etwa zehn Vertrauensleute sein, damit die Interessen aller in Betracht kommenden Zeitungsnahrungen Berücksichtigung finden. Es soll nicht ein zweites Mal geschehen, daß eine Zeitungsverordnung herauskommt, die auf die Interessen des Anzigentiles der „Steyrer-Mühl“-Blätter oder der „Neuen Freien Presse“ zugeschnitten ist und andere Zeitungen schwer schädigt. Die zu bildende Kommission muß so beschaffen sein, daß sie von niemandem mißbraucht werden kann. W